

Smart Democracy für Smart Cities – Online-Wahlhilfen und ihr Beitrag zu einer modernen Demokratie

Jan Fivaz · Daniel Schwarz

Eingegangen: 1. März 2015 / Angenommen: 29. April 2015
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2015

Zusammenfassung Der Beitrag geht der Frage nach, welchen Beitrag so genannte Online-Wahlhilfen zu einer gut funktionierenden modernen Demokratie leisten und welche Rolle sie im Rahmen des Smart City-Konzepts einnehmen können. Dabei dient die Schweizer Online-Wahlhilfe *smartvote* als Fallstudie und die Gemeinderats- (Legislative) und Stadtratswahlen (Exekutive) in der Stadt Zürich vom 9. Februar 2014 als konkretes Anwendungsbeispiel. Neben der Funktionsweise wird auch erläutert, wie die Benutzung durch Parteien und Kandidierende, Medien sowie Wähler in der Praxis abläuft. Es wird auch diskutiert, was Online-Wahlhilfen leisten können. Schließlich wird darauf eingegangen, wo bei der Anwendung dieser Plattformen noch ungenutzte Potenziale stecken und welche Risiken mit ihrem Einsatz verbunden sind. Der Beitrag zeigt, wie *smartvote* und vergleichbare Projekte idealtypisch im Sinne einer Smart Democracy in Verknüpfung mit anderen Daten und Instrumenten die Qualität einer modernen Demokratie verbessern können.

Schlüsselwörter E-Democracy · Wahlen · Online-Wahlhilfen · Politische Repräsentation · Politische Partizipation · Demokratie

1 Einleitung: Geringe Beachtung der demokratiepolitischen Dimension

Das Konzept der Smart City gewinnt auch in der Schweiz zunehmend an Aufmerksamkeit. Zumindest in der Theorie nehmen Bereiche wie die Zivilgesellschaft, die Politik und die Verwaltungsorganisation einen wichtigen Stellenwert im Smart City-Konzept ein. In der Praxis allerdings zeichnen sich die entsprechenden Projekte

D. Schwarz (✉) · J. Fivaz
Kompetenzzentrum für Public Management (KPM), Universität Bern,
Schanzeneckstrasse 1,
3001 Bern, Schweiz
E-Mail: daniel.schwarz@kpm.unibe.ch

und Initiativen durch einen sehr starken Fokus auf rein technologische Aspekte aus. Thematisch konzentrieren sie sich vor allem auf die Bereiche Infrastrukturen bzw. Stadtplanung, Energie und Verkehr und versuchen, diese Bereiche durch den Einsatz moderner Technologien effizienter, umwelt- und ressourcenschonender, eben intelligenter zu organisieren. Die Bereiche Zivilgesellschaft, Politik und Demokratie dagegen werden auf dieser Stufe kaum mehr beachtet oder sind höchstens noch am Rande tangiert.

Dieses Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis kann sehr schön am Beispiel des Smartest City Index 2014 aufgezeigt werden. Erfreulicherweise belegen Schweizer Städte in diesem als umfassendsten Ranking geltenden Index Spitzenplätze: Zürich, Genf und Basel kommen auf den Plätzen vier, sechs und sieben zu liegen (IESE 2014). Der Index beinhaltet auch einen Teilindex *Governance*, wo die drei Städte erneut zu den Besten zählen. So weit so gut. Ein Blick auf die Messmethoden des Index zeigt jedoch, dass sie sich auf diesen Lorbeeren nicht zu sehr ausruhen sollten, denn an der Aussagekraft dieses Teilindex sind starke Zweifel angebracht. Im IESE-Bericht wird der Teilindex *Governance* wie folgt beschrieben (IESE 2014, S. 6):

The people are the point of convergence for solving all of the challenges which are faced by cities. ...[F]actors must be taken into account as the people's level of participation, the authorities' ability to get business leaders and local role-players involved, and the application of e-Governance plans.

Schlussendlich als Indikatoren für den Bereich *Governance* zum Einsatz kommen lediglich der Korruptionsindex von Transparency International und der Legal Rights Index der Weltbank, der sich im Wesentlichen mit dem Gläubigerschutz und dem Betreibungsrecht befasst. Beides zweifelsohne Themen, denen eine Bedeutung zukommt. Inwiefern sie jedoch geeignet sind, als Indikatoren für politische Partizipationsmöglichkeiten oder das Ausmaß von E-Government-Aktivitäten zu dienen, die im theoretischen Teil noch als zentrale Aspekte genannt werden, erschließt sich nicht.¹

Jedoch kann man diese Versäumnisse und die stiefmütterliche Behandlung zivilgesellschaftlicher oder politischer Aspekte nicht einfach nur den Promotoren der Smart City-Projekte anlasten. Fairerweise muss auch vermerkt werden, dass die Smart City-Thematik in den Sozialwissenschaften kaum beachtet wird. Entsprechend findet ein interdisziplinärer Austausch zwischen den Sozialwissenschaften und den technischen Wissenschaften diesbezüglich – zumindest in der Schweiz – kaum statt.

Der vorliegende Beitrag leistet einen Schritt hin zu einem interdisziplinären Austausch und widmet sich der Governance-Dimension des Smart City-Ansatzes. Es geht an dieser Stelle jedoch nicht um die umfassende Analyse des Bereichs. Vielmehr soll anhand des Fallbeispiels der Schweizer Online-Wahlhilfe *smartvote*² gezeigt werden,

¹Zumal auch die Resultate des Legal Rights Index der Weltbank selbst sehr kritisch zu hinterfragen sind. So wurden bezüglich des Gläubigerschutzes tatsächlich Länder wie beispielsweise Afghanistan noch vor Deutschland oder der Schweiz platziert (vgl. <http://data.worldbank.org/indicator/IC.LGL.CRED.XQ/countries>).

²Vgl. <http://www.smartvote.ch>

welches Potenzial ein solches E-Democracy-Projekt hat, wo noch ungenutztes Potenzial brach liegt, aber auch welche Risiken es zu berücksichtigen gilt. Der Beitrag beruht hauptsächlich auf den Erfahrungen, welche mit der Anwendung *smartvote* bislang gemacht wurden und stellt vor diesem Hintergrund Ansätze für Best Practices dar.

2 Online-Wahlhilfen und ihre Wirkung

2.1 Was ist eine Online-Wahlhilfe?

Das Internet ist heute als Informations- und Kommunikationskanal aus der Politik und insbesondere aus Wahlkämpfen nicht mehr wegzudenken. Man muss auch kein Prophet sein, um vorherzusehen, dass dessen Bedeutung in den kommenden Jahren noch weiter zunehmen wird. Im Zuge dieser Entwicklung haben sich unter anderem sogenannte Online-Wahlhilfen – oft auch als Voting Advice Applications (VAAs) bezeichnet – als wichtige Elemente bei Wahlen etabliert. Online-Wahlhilfen bieten Wählern eine Orientierungshilfe im Rahmen ihrer Entscheidungsfindung bei Wahlen. Ihre grundlegende Funktionsweise ist denkbar einfach und vergleichbar mit der Funktion von Partnerbörsen im Internet. Ein Wähler kann sich bei der Online-Wahlhilfe durch die Beantwortung eines Fragebogens zu politischen Sachthemen ein politisches Profil erstellen und dieses mit den gespeicherten Profilen der Parteien bzw. der Kandidaten vergleichen. Auf diese Weise erhält jeder Wähler eine individuelle Wahlempfehlung erstellt, die aufzeigt, welche Parteien oder Kandidierenden ihm politisch nahe stehen.

Als erste Wahlhilfe überhaupt kann der niederländische *Stemwijzer* bezeichnet werden.³ Eine erste Version wurde bereits 1989 entwickelt. Damals noch in gedruckter Form für die Verwendung im Staatskundeunterricht an Schulen. Die Popularität ließ noch sehr zu wünschen übrig, wurden doch gerade einmal 50 Kopien verkauft. 1994 wurde eine erste computerbasierte Version des *Stemwijzers* entwickelt, von der bereits mehrere tausend Disketten verkauft werden konnten. Im Hinblick auf die Parlamentswahlen 1998 wurde parallel zur Diskettenversion eine erste Online-Version eingeführt, die 6500 Mal benutzt worden ist. Bei den Wahlen 2006 wurde der *Stemwijzer* dann bereits über 5 Mio. Mal benutzt und das bei rund 9.8 Mio. Wählern, die sich insgesamt an den Wahlen beteiligt haben (Ladner und Fivaz 2012).

Heute finden sich Online-Wahlhilfen in nahezu allen europäischen Ländern. Oft werden im Vorfeld einer Wahl gleich mehrere verschiedene Online-Wahlhilfen angeboten. Bei den finnischen Parlamentswahlen 2007 boten nicht weniger als 20 Online-Wahlhilfen den Wählern ihre Dienste an (Ruusuvirta 2010, S. 47–49). Zu den Ländern, in denen Online-Wahlhilfen am intensivsten genutzt werden, gehören neben der Niederlande Deutschland und die Schweiz. So stellte anlässlich der deutschen Bundestagswahlen 2013 der *Wahl-o-Mat*⁴ über 13 Mio. Wahlempfehlungen aus (Marschall und Garzia 2014).

³ Vgl. <http://www.stemwijzer.nl>

⁴ Vgl. <http://wahl-o-mat.de>

In der Schweiz ist die Online-Wahlhilfe *smartvote* seit 2003 in Betrieb und wurde seither bei mehr als 150 Wahlen auf allen staatlichen Ebenen eingesetzt. Man darf behaupten, dass sie damit zum festen Inventar von Wahlkämpfen – zumindest auf kantonaler und nationaler Ebene sowie in den großen Städten – gehört. Im Gegensatz zu den meisten anderen Online-Wahlhilfen, die jeweils nur die Positionen der Wähler mit denjenigen von Parteien vergleichen, bietet *smartvote* zusätzlich auch einen Positionsvergleich mit den einzelnen Kandidierenden an. Der Grund dafür liegt darin, dass das Schweizer Wahlsystem den Wählern weitreichende Möglichkeiten bietet, ihre Präferenzen auf dem Wahlzettel auszudrücken. Sie können einerseits die Liste einer Partei unverändert übernehmen, sie haben andererseits aber auch die Möglichkeit, eine solche Liste anzupassen. So können einzelne Kandidierende gestrichen, andere ein zweites Mal auf der Liste aufgeführt (Kumulieren) oder Kandidierende anderer Listen hinzugefügt werden (Panaschieren). Um den Informationsbedürfnissen der Wähler zu entsprechen, muss *smartvote* eben auch den Vergleich mit einzelnen Kandidierenden anbieten. Die Online-Wahlhilfe *smartvote* unterscheidet sich auch in weiteren Aspekten von den meisten anderen Wahlhilfen. So beantworten jeweils nicht die Parteileitungen den Fragebogen, sondern direkt die einzelnen Kandidierenden einer Partei. Schließlich unterscheidet sich *smartvote* auch bezüglich der Darstellung des Profilvergleichs von den meisten anderen Wahlhilfen, da diese in drei Varianten vorgenommen wird: Erstens als Ranking (Balkendiagramm), zweitens als acht-dimensionale Spinnennetzgrafik (*smartspider*-Grafiken) und drittens in Form einer zweidimensionalen Karte (*smartmap*-Grafiken) (vgl. Abb. 1 bis 3).

Als *smartvote* anlässlich der National- und Ständeratswahlen 2003 erstmals angeboten wurde, nutzten 50% der Kandidierenden die Wahlhilfe und erstellten sich auf der Plattform ein politisches Profil. Bei den Wahlen 2007 waren es schon sehr hohe 85%, ein Wert, der auch 2011 wieder erreicht wurde. Noch stärker verlief die Zunahme der Nutzung durch die Wähler. Ausgehend von etwa 92.000 Wählern bei den Wahlen 2003 konnte die Benutzung bis 2011 auf rund 437.000 Wähler gesteigert werden. 2011 haben somit rund 18% der Wähler im Rahmen ihrer Wahlentscheidung *smartvote* konsultiert. Mit anderen Worten jeder sechste effektiv an den Wahlen teilnehmende Wähler hat sich eine Online-Wahlempfehlung erstellen lassen (vgl. Tab. 1).

2.2 Effekte von Online-Wahlhilfen

Die starke Nachfrage und intensive Nutzung von Online-Wahlhilfen durch die Wähler wirft natürlich die Frage auf, welche Auswirkungen dies auf die Wahlen und das Funktionieren der Demokratie im Allgemeinen hat. Bezüglich des Einflusses auf das Wahlverhalten lassen sich grundsätzlich drei Fragestellungen unterscheiden: Erstens, haben Online-Wahlhilfen einen Einfluss auf die Wahlteilnahme? Zweitens, haben Online-Wahlhilfen einen direkten Einfluss auf den Wahlentscheid ihrer Benutzer und somit allenfalls auch auf das Wahlergebnis? Und drittens schließlich, verändern sie die Art und Weise, wie ihre Benutzer sich relevante Informationen zu den Wahlen verschaffen und wie sie damit umgehen?

Die tiefe und teilweise auch noch sinkende Wahlbeteiligung in vielen westlichen Ländern wird immer wieder als ein ernstes Krisensymptom der modernen repräsen-

smartvote Wahlempfehlung


















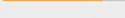

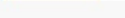



Mein smartspider: 		Wahlempfehlung: 	
Kandidierende	Übereinstimmung		
1. Joëlle Spaar-Bessire 1957, glp		68.3%	
2. Frank Linxweiler 1971, glp		61.5%	
3. Sylvia Nünlist 1954, FDP		61.5%	
4. Patrick Ryf 1972, glp		60.6%	
5. Reto Vogelbacher 1956, CVP		58.1%	 
6. Christian Monn 1959, glp		57.7%	
7. Martin Gallmann 1956, glp		56.7%	
8. Julia Van der Waerden 1974, Grüne		54.6%	
9. Jean-Claude Virchaux 1963, CVP, bisher, gewählt		53.9%	
10. Daniel Schwab 1953, FDP		53.5%	

Abb. 1 Anschauungsbeispiel der *smartvote*-Wahlempfehlung

tativen Demokratien bezeichnet (Dalton 2007). Auch wenn eigentlich klar sein sollte, dass neue Technologien allein nicht in der Lage sein werden, die Wahlbeteiligung wieder zu erhöhen, so ist dies doch eine Hoffnung, die immer wieder im Zusammenhang mit der Einführung des E-Votings aber eben auch im Zusammenhang mit der weitverbreiteten Benutzung von Online-Wahlhilfen geäußert wird (Cedroni 2010). Eine Reihe von Forschungsprojekten hat sich basierend auf Benutzerbefragungen der

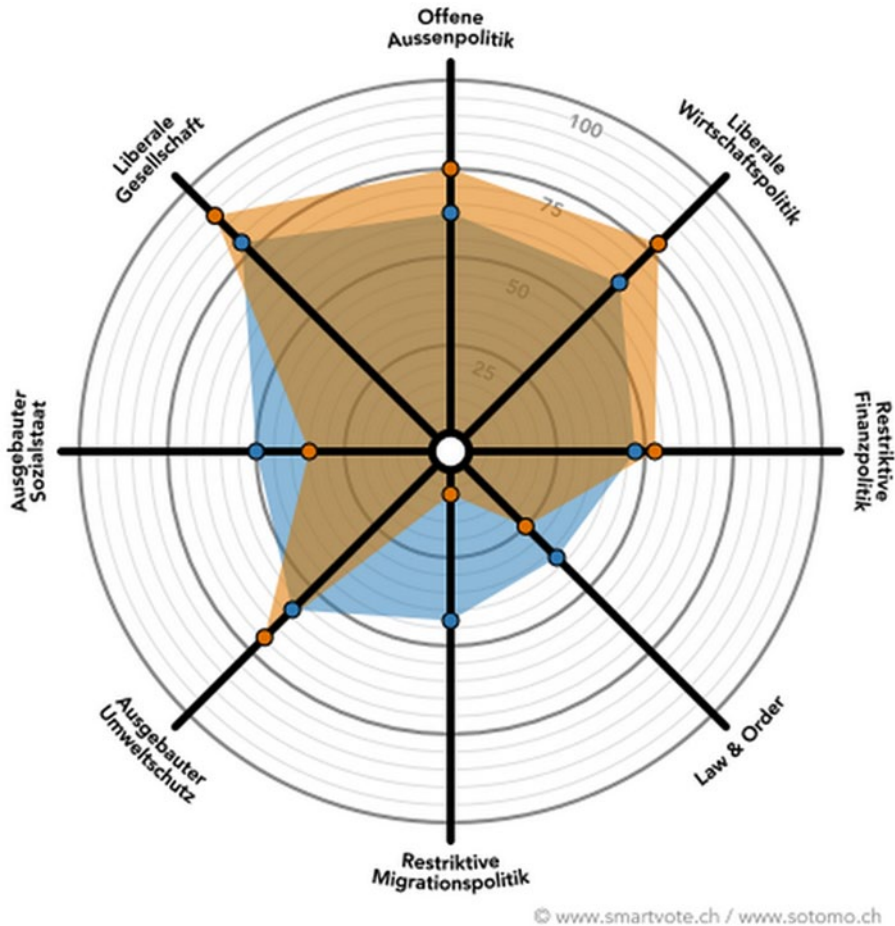


Abb. 2 Anschauungsbeispiel der *smartspider*-Visualisierung

Frage angenommen, ob die Benutzung von Online-Wahlhilfen tatsächlich zu einer höheren Wahlbeteiligung führt. Die Studien kommen alle Schluss, dass es einen positiven Effekt auf die Wahlteilnahme gibt. Wie groß dieser allerdings ist, unterscheidet sich je nach Land und Studie deutlich. Im Fall der Schweiz konnte gezeigt werden, dass die Benutzung von *smartvote* die Wahrscheinlichkeit, dass der entsprechende Wähler auch wirklich an den Wahlen teilnimmt, um rund 15 % erhöht (Ladner und Pianzola 2010).

Wobei sich anhand dieser Ergebnisse nur schwer abschätzen lässt, wie groß der Effekt tatsächlich ist. Die Analysen stützen sich auf direkte Befragungen der Benutzer. Diese wiederum tendieren dazu, direkt befragt den Einfluss einer Online-Wahlhilfe zu überschätzen. Zudem muss bedacht werden, dass einige der Benutzer wohl auch ohne die Online-Wahlhilfe an den Wahlen teilgenommen hätten. Vorsichtige Schätzungen kommen zum Schluss, dass *smartvote* bei den Nationalratswahlen 2007 die Wahlbeteiligung um 0.6 bis 1.0 Prozentpunkte gesteigert hat (Ladner und Pian-

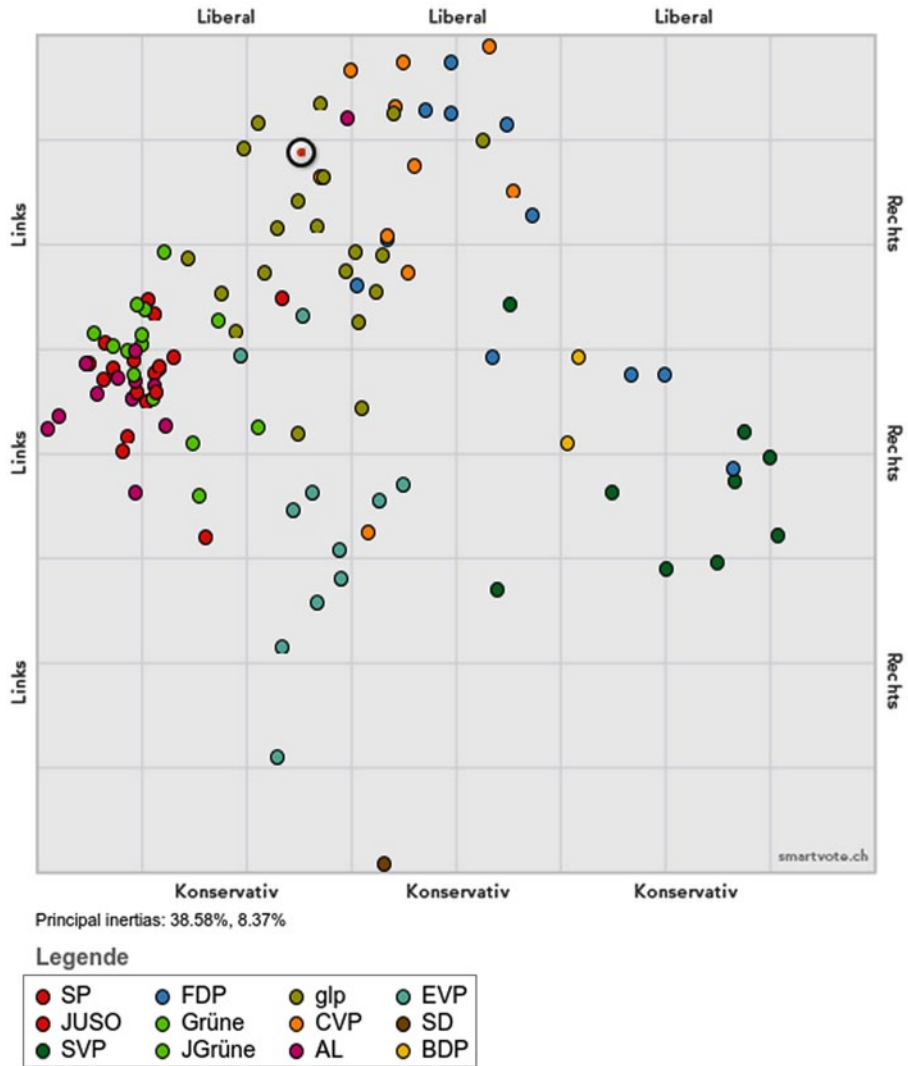


Abb. 3 Anschauungsbeispiel der *smartmap*-Visualisierung

zola 2010). Für die Wahlen 2011 konnten diese Zahlen durch eine weitere Studie bestätigt werden (Germann und Gemenis 2014).

Dieser Effekt scheint eher gering zu sein, ist aber dennoch nicht zu verachten, entspricht er doch in etwa der gesamten Zunahme der Wahlbeteiligung zwischen den Wahlen 2007 und 2011. Eine wichtige Erklärung dafür, dass die hochfliegenden Erwartungen eher enttäuscht wurden, dürfte darin liegen, dass mit Online-Wahlhilfen primär bereits „Gläubige bekehrt“ werden. Unter den Benutzern sind diejenigen Wählergruppen überrepräsentiert, die sich bereits durch ein überdurchschnittliches politisches Interesse und eine ebenso überdurchschnittliche Wahlbeteiligung aus-

Tab. 1 Benutzung von *smartvote* durch Kandidierende, Gewählte und Wähler anlässlich der National- und Ständeratswahlen 2003–2001. (Quelle: smartvote.ch Benutzungsstatistik 2003, 2007, 2011/Bundesamt für Statistik Wahlstatistik 2003, 2007, 2011; eigene Berechnungen)

Benutzung durch...	Wahlen 2003	Wahlen 2007	Wahlen 2011
Kandidierende	50%	85%	84%
Gewählte Nationalräte	71%	94%	93%
Gewählte Ständeräte	52%	70%	85%
Wählende	2.161.921	2.373.071	2.485.403
smartvote-Benutzer	92.000	350.000	437.000
smartvote-Benutzer in % der insgesamt Wählenden	4%	15%	18%

zeichnen. Wähler, die bislang nicht an Wahlen teilgenommen haben, lassen sich auch durch Online-Wahlhilfen nur schwer für die Politik begeistern. Einzig unter den Jung- und Erstwählern scheint es in nennenswertem Ausmaß möglich zu sein, unter Einbezug von Online-Wahlhilfen das Interesse an Politik und auch die Wahlbeteiligung zu steigern (Fivaz und Nadig 2010).

Dass der Frage, inwiefern Online-Wahlhilfen das Wahlverhalten ihrer Benutzer beeinflussen, am meisten Aufmerksamkeit geschenkt wird, ist kaum erstaunlich. Die Frage ist allerdings nicht einfach zu beantworten – insbesondere im Fall der Schweiz. Die Schweiz nimmt nicht nur bei der Anzahl der Wähler, die Online-Wahlhilfen nutzen, einen Spitzenplatz ein. Die Schweiz weist auch mit Abstand den höchsten Wert aus, wenn die Benutzer von Online-Wahlhilfen gefragt werden, ob sie durch deren Wahlempfehlung in ihrer Wahlentscheidung „beeinflusst“ worden sind. Während in der Schweiz rund 67% der Benutzer diese Frage bejahen, kommen vergleichbare Befragungen in den Niederlanden und in Deutschland lediglich auf Werte zwischen sechs und 15% (Ladner und Fivaz 2012). Diese enormen Unterschiede können jedoch weitgehend mit den unterschiedlichen Wahlsystemen erklärt werden. In der Schweiz muss eine Beeinflussung der Wahlentscheidung nicht zwingend in einen komplett geänderten Wahlentscheid bzw. einen Wechsel der gewählten Partei münden. Es kann auch gut sein, dass die Wähler die Liste ihrer präferierten Partei nur an einigen wenigen Stellen anpassen, indem sie einzelne Kandidierende streichen, kumulieren oder panaschieren (vgl. Abschn. 2.1). Somit kann auch bezüglich des Einflusses auf die Wahlentscheidung festgehalten werden, dass ein Effekt eindeutig besteht, dass aber die exakte Stärke dieses Effekts noch unklar ist.

Die dritte und letzte Frage betreffend die Effekte von Online-Wahlhilfen bezieht sich darauf, ob ihre Benutzer bezüglich ihrer Informationssuche und -verarbeitung beeinflusst werden. So wurden Befürchtungen geäußert, dass die Einführung von E-Voting-Systemen und anderen Online-Diensten wie Wahlhilfen zu einer Art „Instant Democracy“ führen würden, in der sich die Wähler nur hastig und oberflächlich mit den Parteien bzw. Kandidaten und ihren politischen Inhalten befassen würden. Anstelle des Kontakts und des Austausches mit anderen Menschen würden Informationen nur noch über den Computer bezogen und der Wahlentscheid selbst würde ebenfalls weitgehend an diesen delegiert (Buchstein 2004).

Erfreulicherweise konnte die Forschung diese Bedenken zerstreuen. So konnte nachgewiesen werden, dass die Benutzung von Online-Wahlhilfen das politische Wissen fördert und auch das Interesse an Politik stärkt. Weiter hat sich gezeigt, dass

die Benutzer die ausgestellten Wahlempfehlungen keineswegs unreflektiert übernehmen. Vielmehr animieren sie diese, vermehrt mit Freunden oder in der Familie über Politik oder die anstehenden Wahlen zu diskutieren oder auch zusätzliche Informationen zu suchen, um sich ein besseres Bild der Parteien und Kandidierenden machen zu können (Fivaz und Nadig 2010).

3 Ein Anwendungsbeispiel: *smartvote* und die Wahlen 2014 in der Stadt Zürich

Während Online-Wahlhilfen in den meisten Ländern nur bei Wahlen auf nationaler oder allenfalls regionaler Ebene eingesetzt werden, finden sie in der Schweiz immer wieder auch auf kommunaler Ebene Anwendung. Dabei handelt es sich in der Regel um Wahlen in den größeren Städten. Die *smartvote*-Wahlhilfe wurde aber auch schon bei Wahlen in kleineren Städte wie Kreuzlingen (20.000 Einwohner) oder Wil (18.000 Einwohner) eingesetzt. Die intensivste Nutzung der Plattform überhaupt wurde bei den Wahlen 2013 in Baden (18.000 Einwohner) erreicht, wo *smartvote* 2344 Wahlempfehlungen ausgestellt hat und dies bei 4717 Wählern, die im Rahmen dieser Wahl ihre Stimme abgegeben haben. Dieser Hinweis ist insofern von Bedeutung, als dass damit aufgezeigt wird, dass Online-Wahlhilfen durchaus geeignet sind, auch in einem kleineren, recht überschaubaren und relativ bürgernahen Umfeld den Wählern einen wertvollen Service und sinnvolle Orientierungshilfe zu bieten.

In diesem Abschnitt möchten wir anhand des konkreten Anwendungsbeispiels der Wahlen in der Stadt Zürich 2014 aufzeigen, wie und unter welchen Rahmenbedingungen *smartvote* zur Zeit eingesetzt wird und wie die Online-Wahlhilfe typischerweise von den verschiedenen Benutzergruppen verwendet wird. Zürich ist mit rund 400.000 Einwohnern die größte Stadt der Schweiz – wenn auch im internationalen Vergleich nicht besonders groß – und deren wirtschaftliches Zentrum. Die Stadt bietet für einen Einsatz von Online-Wahlhilfen ideale Voraussetzungen: So werden sowohl das Stadtparlament als auch die Stadtregierung (bestehend aus neun Stadträten) direkt gewählt, es besteht ein intensiver politischer Wettbewerb (in ländlichen Gebieten mit einer dominierenden Partei ist dies oft nicht gegeben), die Internetdichte ist außerordentlich hoch und schließlich verfügt die Stadt sowohl über mehrere herausragende Print- und Online-Medien als auch über eine äußerst aktive Web 2.0-Community – beides Faktoren, die für einen intensiven Wahlkampf wichtig sind. Schließlich wurden die Wahlen 2014 in das Stadtparlament (Gemeinderat) und in die Stadtregierung (Stadtrat) von Zürich nach 2006 und 2010 bereits zum dritten Mal in Folge von *smartvote* begleitet, so dass das Projekt bereits bei Kandidaten und Wählern gut bekannt war.

Das Projekt *smartvote* beruht auf einer rein privaten Initiative und kommt ohne Grundfinanzierung von staatlicher Seite aus. Die Wahlhilfe wird von Politools – einem nicht-gewinnorientierten Verein mit Sitz in Bern – entwickelt und betrieben. Seit 2005 besteht zwischen Politools und dem Kompetenzzentrum für Public Management (KPM) der Universität Bern eine Kooperation. Die Universität unterstützt das Projekt durch die Bereitstellung von Arbeitsplätzen, wobei aber die direkt anfallenden Büro- und Projektkosten nach wie vor von Politools getragen werden. In den Jahren 2009 bis 2012 bestand zusätzlich noch eine Zusammenarbeit mit der Uni-

versität Lausanne, die sich im Rahmen der Begleit- und Grundlagenforschung stark an der Weiterentwicklung von *smartvote* beteiligte. Die universitären Partner waren aber nie direkt in den eigentlichen Betrieb von *smartvote* involviert und finanzierten diesen auch nicht mit. Somit muss *smartvote* im Vorfeld jeder Wahl abklären, ob eine gesicherte Finanzierung erreicht werden kann. In der Regel erfolgt diese primär durch die Parteien bzw. Kandidierenden, die für ihre Teilnahme einen Kostenbeitrag entrichten und durch Medienpartner, welche Daten (z. B. die Positionen der Parteien zu bestimmten Fragen) und Analysen für ihre eigene Wahlkampfberichterstattung einkaufen.⁵ Spenden und sonstige finanzielle Zuwendungen spielen hingegen eine untergeordnete Rolle. Ein größerer Teil des Gesamtaufwandes (ca. 25–35%) wird zudem über einen Lohnverzicht und unbezahlte Freiwilligenarbeit der Vereinsmitglieder aufgefangen.

Zu den drei zentralen Benutzergruppen (Stakeholders) von *smartvote* gehören die Wähler, die Medien sowie die Parteien bzw. Kandidierenden. Im Falle der Wahlen in der Stadt Zürich konnten mit allen Parteien Kooperationsverträge abgeschlossen werden, so dass alle Kandidierenden – 1119 bei den Parlaments- und 15 bei den Regierungswahlen – von Anfang an zur Teilnahme berechtigt waren. Im Gegenzug verpflichteten sich die Parteien, nach den Wahlen einen Kostenbeitrag von 125 Schweizer Franken pro erzieltm Sitz bei den Parlamentswahlen zu bezahlen (bzw. 400 Franken bei den Wahlen in die Stadtregierung). Ein Vorteil dieses Preismodells ist, dass sich auch kleine und weniger finanzstarke Parteien die Teilnahme leisten können – erringen sie keinen Sitz, so müssen sie auch nichts bezahlen.

Kandidatenbasierte Wahlsysteme bescheren Online-Wahlhilfen einiges an zusätzlichem Aufwand. Anstelle von einigen wenigen Parteisekretariaten mussten im Falle der Zürcher Wahlen 2014 über tausend Kandidierende davon überzeugt werden, den *smartvote*-Fragebogen zu beantworten. Zu diesem Zweck wurde für jeden Kandidierenden ein Benutzerkonto bei *smartvote* eingerichtet, so dass er den Fragebogen online beantworten und auch weitere Angaben zu seiner Kandidatur vornehmen konnte. Zusätzlich musste ein Helpdesk für die unvermeidbar auftretenden Probleme während rund vier Monaten betrieben werden. Neben diesen administrativen Arbeiten erfordert eine kandidatenbasierte Online-Wahlhilfe vor allem bezüglich der Entwicklung des Fragebogens einen hohen Zusatzaufwand.

Der Fragebogen ist das Kernstück einer Online-Wahlhilfe und stellt das entscheidende Element für den Vergleich der politischen Präferenzen von Kandidierenden und Wählern dar. Ein zentrales Qualitätskriterium eines Fragebogens ist, ob es diesem gelingt, zwischen den zur Wahl antretenden Parteien bzw. Kandidierenden genügend unterschiedliche politische Positionen herauszuarbeiten. Um zwischen einer relativ geringen Anzahl von Parteien zu differenzieren, reichen 20 bis 30 geschickt gewählte Fragen aus. Um aber bei über 1000 Kandidierenden insgesamt und auch innerhalb der Kandidierenden einer Partei messbare Unterschiede erfassen zu können, bedarf es einer deutlich höheren Anzahl Fragen. Der Fragebogen für die Zürcher

⁵Eine Ausnahme bilden Wahlen in kleineren Städten, in denen *smartvote* aufgrund der geringen Zahlungsbereitschaft von Medien und Parteien auf die finanzielle Unterstützung durch die Stadtbehörden angewiesen ist.

Tab. 2 *smartvote*-Beteiligung Kandidierenden nach Parteigröße. (Quelle: smartvote.ch)

Parteien	Beteiligungsquote
Parteien mit mind. 1 Parlamentssitz	74,6 % (639 von 857 Kandidaten)
Parteien ohne Sitze im Parlament	35,1 % (92 von 262 Kandidaten)
Total	65,3 % (731 von 1119 Kandidaten)

Stadtwahlen umfasste schließlich 61 Fragen, gruppiert nach 12 Themenfeldern.⁶ In einigen Themenbereichen dominieren Fragen zu Themen der nationalen Politikebene (z. B. die Frage nach der Haltung zum Atomausstieg), die aber dennoch gute Indikatoren für bestimmte politische Grundhaltungen auch für die kommunale Ebene bieten. Bei kommunalen Wahlen werden jedoch auch in größerem Ausmaß Fragen mit einem rein kommunalen Fokus berücksichtigt (z. B. ob die städtischen Spitäler fusioniert werden sollen, die Haltung zu konkreten Verkehrsprojekten, zur Stadtentwicklung oder zum kommunalen Haushalt). Der Fragebogen wird dabei jeweils von Politikwissenschaftlern des *smartvote*-Projekts in Zusammenarbeit mit Journalisten der involvierten Medienpartner entwickelt. Die Parteien werden jeweils eingeladen Fragevorschläge einzureichen, ein direktes Mitspracherecht wird ihnen jedoch nicht zugestanden. Eine wissenschaftliche Evaluation von über 20 Online-Wahlhilfen hat unlängst den *smartvote*-Fragebogen eine gute Qualität bescheinigt (Van Camp et al. 2014).

Als Antwortoptionen stehen den Kandidierenden „Ja“, „Eher ja“, „Eher nein“ und „Nein“ zur Verfügung. Ein Opting-Out bei einzelnen Fragen besteht nicht. Will ein Kandidat bei *smartvote* sichtbar sein, muss er sämtliche Fragen beantworten. Die Wähler hingegen verfügen bei jeder Frage über die Möglichkeit, keine Antwort zu geben. Sie können zudem jede Frage noch zusätzlich gewichten. Die Kandidierenden wiederum können jede Antwort mit einem Kommentar versehen, der ihre Beweggründe darlegt und die Möglichkeit zur textlichen Differenzierung bietet.

Von den 15 Kandidaten der Regierungswahl haben alle den *smartvote*-Fragebogen beantwortet. Die Beteiligung im Rahmen der Parlamentswahl erreichte hingegen nur 65 %, was im Vergleich zu anderen Wahlen einen eher tiefen Wert darstellt. In der Regel beantworten 75 bis 80 % aller Kandidaten den *smartvote*-Fragebogen. Dass dieses Niveau in der Stadt Zürich nicht erreicht werden konnte, lag vor allem am Umstand, dass verhältnismäßig viele Klein- und Kleinstparteien mit eigenen Listen antraten, welche von Anfang an kaum eine Chance auf einen Parlamentssitz in einem der neun Wahlkreise hatten. Entsprechend lag die Beteiligungsquote bei chancenlosen Kleinparteien deutlich tiefer als bei den etablierten Parteien (vgl. Tab. 2). Bei den sieben Parteien welche tatsächlich Parlamentssitze gewinnen konnten, lag die Beteiligung hingegen bei rund 75 %.

Selbst in den Zeiten von Facebook und Twitter kommt den klassischen Medien im Wahlkampf nach wie vor eine essenzielle Bedeutung zu. Für die Stadtwahlen 2014 konnten beide großen Zürcher Qualitätszeitungen, die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) und der Tages-Anzeiger (TA), sowie das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) als Medienpartner gewonnen werden. Sie integrierten die Online-Wahlhilfe direkt in

⁶Vgl. http://www.smartvote.ch/14_st_zuerich_leg/questionnaire. Im folgenden Blogbeitrag wird beschrieben, wie die Entwicklung eines Fragebogens idealtypisch abläuft: <http://blog.smartvote.ch/?p=2255>.

ihre eigenen Websites und nutzten *smartvote*-Daten und -Analysen intensiv im Rahmen der eigenen Wahlkampfberichterstattung. In rund 20 Artikeln verwendeten sie Auswertungen und Visualisierungen von *smartvote*, um die Positionsbezüge der Parteien und Kandidierenden darzustellen.⁷ Insbesondere die sogenannten *smartspider*- und *smartmap*-Grafiken (vgl. Abschn. 2.1) wurden ausgiebig genutzt. In weiteren Beiträgen wurden aber ebenso textliche Auswertungen zu einzelnen Fragen verwendet. Noch am Wahltag, sobald die Zusammensetzung der neuen Regierung bzw. des neuen Stadtparlaments bekannt war, konnte mit hinreichender Präzision abgeschätzt werden, welche politischen Projekte im neuen Parlament und bei der neuen Regierung eine Mehrheit finden würden und welche eher zum Scheitern verurteilt wären. Auch solche Nachwahlanalysen wurden von den Medienpartnern aufgegriffen.

Die rege Nutzung durch die Kandidierenden und die Medien schlug sich nicht zuletzt in der Nutzung durch die wichtigste Zielgruppe überhaupt – die Wähler – nieder. Insgesamt stellte *smartvote* 29.800 Wahlempfehlungen aus, was bei rund 94.000 Wählern einen Anteil von knapp 32% ausmacht.⁸ Für die Stadtregierung wurden rund 15.000 Wahlempfehlungen ausgestellt. Die geringere Intensität der *smartvote*-Benutzung bei den Regierungswahlen lässt sich primär mit der geringeren Anzahl Kandidaten erklären. Je übersichtlicher das Kandidatenfeld ist, desto geringer fällt der Nutzen einer Online-Wahlhilfe für die Wähler aus, da ihnen die Orientierung leichter und ihr Informationsbedarf entsprechend geringer ausfällt.

Nicht quantifizierbar ist, wie intensiv *smartvote* in den Social Media-Kanälen ein Thema war. Klar ist, dass in Blogs, auf Facebook oder bei Twitter *smartvote* thematisiert worden ist. Kandidaten verlinkten und versendeten ihre *smartvote*-Profile, Wähler und Interessengruppen kommentierten diese und auch die Methodik und Qualität von *smartvote* selbst wurden auf diesen Kanälen diskutiert. Vereinzelt wurde *smartvote* auch an Schulen im Rahmen des Unterrichts zur politischen Bildung benutzt, allerdings gibt es auch dazu keine systematisch erstellten Statistiken.

Insgesamt können die Wahlen 2014 in Zürich aus der Sicht von *smartvote* als ein erfolgreich verlaufendes Wahlprojekt bezeichnet werden. Dennoch wäre sicher auch mehr möglich gewesen. Auf diese ungenutzten Potenziale wird im folgenden Abschnitt näher eingegangen.

4 Ungenutzte Potenziale und Risiken

In den letzten Jahren war nicht zuletzt als Folge der Finanz- und Eurokrisen in zunehmendem Mass von einer Krise der Demokratie die Rede. Die Politikwissen-

⁷Beispiele für solche Berichte finden sich hier: http://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/stadt/Der-einsame-Rufer/story/21386490?dossier_id=2395, [AMPPURLStarhttps://candidate.smartvote.ch/downloads/reports/2014-01_09_NZZ_Die_grosse_Einigkeit_im_rot-gruenen_Lager.pdf](https://candidate.smartvote.ch/downloads/reports/2014-01_09_NZZ_Die_grosse_Einigkeit_im_rot-gruenen_Lager.pdf)AMPPURLEnd oder hier [AMPPURLStarhttps://candidate.smartvote.ch/downloads/reports/2014-02-11_NZZ_GR-SR.pdf](https://candidate.smartvote.ch/downloads/reports/2014-02-11_NZZ_GR-SR.pdf)AMPPURLEnd

⁸Generelle Informationen zu den Wahlen 2014 in Zürich: https://www.stadt-zuerich.ch/portal/de/index/politik_u_recht/abstimmungen_u_wahlen/vergangene_termine/140209.html. Details dazu, wie bei *smartvote* die Benutzer-Zahlen ermittelt werden finden sich im folgenden Blogbeitrag: <http://blog.smartvote.ch/?p=1005>.

schaft ist diesbezüglich wesentlich zurückhaltender als beispielsweise die Medien. Der oft zitierte „Wutbürger“ ist vor allem ein Konzept der Medien und nicht der Wissenschaft. Dass die Demokratie als System Gefahr laufen würde, vollständig zusammenzubrechen, steht nicht zu befürchten, allerdings lassen sich auch kritische Entwicklungen beobachten: Eine oft sinkende Wahlbeteiligung, das Erstarken links- und rechtspopulistischer Parteien, ein genereller Vertrauensverlust der Bürger in die Politik, verbunden mit dem Gefühl, dass ihre Anliegen nicht wirklich in Parlament und Regierung berücksichtigt werden (Dalton 2007).

Gerade vor diesem Hintergrund könnten E-Democracy-Projekte wie z. B. Online-Wahlhilfen einen Beitrag leisten, diesen kritischen Entwicklungen entgegenzuwirken. In diesem Abschnitt weisen wir zum einen auf eine Reihe von ungenutzten Potenzialen von Online-Wahlhilfen hin, die den Bürgern neue Informationskanäle und Interaktionsmöglichkeiten eröffnen und zu einer Modernisierung der Demokratie beitragen. Zum anderen werden wir aber auch die Risiken, die mit ihnen verbunden sind, ansprechen.

4.1 Ungenutzte Potenziale

Für ihren Wahlentscheid stehen den Wählern in den etablierten, westlichen Demokratien wohl so viele Informationen wie noch nie zuvor zur Verfügung. Probleme ergeben sich daher nicht aus einer ungenügenden Menge an Informationen sondern eher aus deren ungenügender Qualität. Strøm et al. (2003, S. 741) sprechen von Bürgern, die „more over-newsed but under-informed than ever before“ seien. Online-Wahlhilfen, welche sich an qualitative Mindeststandards halten (Marshall und Garzia 2014), bieten die Möglichkeit, die Informationsbasis vor den Wahlen tatsächlich zu stärken und nicht einfach die Masse der verfügbaren Information zu vergrößern. Online-Wahlhilfen bieten den Wählern eine Art der individuellen, auf ihre Bedürfnisse maßgeschneiderte und interaktive Informationsvermittlung, wie sie die klassischen Medien und Wahlkampfinstrumente nicht bieten können.

4.1.1 Stärkung von *Transparenz* und *Accountability*

Doch Online-Wahlhilfen können Wählern nicht nur durch eine individualisierte Wahlempfehlung dabei helfen, ihre Rolle in einer funktionierenden Demokratie besser auszufüllen. Parteien und Kandidierende hinterlegen vor den Wahlen bei Online-Wahlhilfen ein detailliertes politisches Profil. Dieses kann nach den Wahlen als Bewertungsmaßstab dienen. Die gewählten Politiker können an den Positionen, die sie vor den Wahlen eingenommen haben, nach den Wahlen (z. B. anhand eines Vergleichs mit ihrem Stimmverhalten im Parlament) direkt gemessen werden. Diese Transparenz der Positionen stärkt ein zentrales Konzept einer jeden repräsentativen Demokratie: nämlich, dass der so genannten *Accountability*, der Pflicht der Politiker über ihr politisches Handeln gegenüber den Wählern Rechenschaft ablegen zu müssen (Fivaz und Schwarz 2007). Dies funktioniert freilich nur, wenn Medien und andere überparteiliche Organisationen nach den Wahlen die intensive Beobachtung und Analyse des politischen Verhaltens der Mandatsträger beibehalten und dadurch einen systematischen Vergleich zu den Vorwahlversprechen ermöglichen.

Die Daten der Online-Wahlhilfe *smartvote* wurden bereits verschiedentlich für solche Zwecke verwendet. Allerdings vor allem im wissenschaftlichen Kontext (Schwarz et al. 2010; Fivaz et al. 2014) und nur vereinzelt und wenig systematisch durch Medien und Interessengruppen, welche die Politiker im Zusammenhang mit einzelnen Parlamentsabstimmungen an ihre Vorwahlversprechen erinnerten. Es wäre überaus wünschenswert, wenn vor allem die Medien ihre „Watch Dog“-Rolle diesbezüglich stärker wahrnehmen würden. Zumal die verknüpften Daten von parlamentarischen Abstimmungen und Antworten bei Online-Wahlhilfen gut aufbereitet verfügbar sind.

4.1.2 Verknüpfung mit Social Media und verbesserte Interaktion mit den Bürgern

Ein weiteres nur ungenügend genutztes Potenzial besteht in der Verknüpfung von Online-Wahlhilfen mit Debatten in den sozialen Medien. Zum einen sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, wie anhand der in den Fragebogen enthaltenen Themen Debatten über die Ausgestaltung der zukünftige Politik angeregt werden können. Im Fall der Stadtzürcher Wahlen hätte man bei den 61 *smartvote*-Fragen jeweils Links zu Online-Foren, Blogs oder speziellen deliberativen Plattformen, wie sie zur Zeit getestet werden,⁹ einbauen können, um so Diskussionen zwischen Politikern und Bürgern oder auch unter den Bürgern selbst zu lancieren. Auf diese Weise könnten die Fragebogen von Online-Wahlhilfen als Ausgangspunkte für weiterführende Debatten, die sich nicht nur auf ein oft zu stark verkürzendes „Ja“ oder „Nein“ beschränken, dienen.

Zum anderen könnten über soziale Medien die Bürger in die Ausgestaltung von Online-Wahlhilfen einbezogen werden. Im Hinblick auf die Schweizer Parlamentswahlen vom Herbst 2015 hat *smartvote* im Januar 2015 den Bürgern die Möglichkeit geben, über soziale Medien und eine Befragungsplattform eigene Vorschläge für den Fragebogen („Bürgerfragen“) einzureichen. Insgesamt wurden über 1400 Vorschläge eingereicht. Das Beispiel zeigt, welches Potenzial in einer „Demokratisierung“ von Online-Wahlhilfen steckt. Allerdings muss auch festgehalten werden, dass sich damit Problem der Qualitätssicherung eher verschärft als vermindert. Viele der eingereichten Vorschläge bestanden aus Fragen, die in dieser Form nicht verwendet werden könnten, so dass eine redaktionelle Bearbeitung und Auswahl nach wie vor nötig ist. Bei einigen kantonalen Wahlen hat *smartvote* zudem mit einem zweistufigen Verfahren experimentiert. In einer ersten Phase konnten Vorschläge eingereicht werden, die anschließend redaktionell überarbeitet wurden und dann in einer zweiten Phase den Bürgern vorgelegt wurden. In einer Online-Abstimmung konnten diese bestimmen, welche Fragen tatsächlich Eingang in den *smartvote*-Fragebogen fanden.

4.1.3 Einsatz im Rahmen der politischen Bildung

Ein weiteres Feld betrifft die politische Bildung. Die Verwendung von Online-Wahlhilfen im Rahmen der politischen Bildung wird zwar bereits intensiv praktiziert.

⁹Beispielsweise werden auf der Website <http://www.deliberation.ch> ab Frühling 2015 größere Experimente zu den Möglichkeiten einer Online-Deliberation durchgeführt.

Allerdings konzentrieren sich die entsprechenden Bemühungen auf Projekte in Schulen. Ergänzend sollte überlegt werden, wie man mit solchen Maßnahmen Personen erreichen könnte, die nicht mehr eine Schule besuchen. Studien haben gezeigt, dass Nichtwähler jeden Alters den Wahlen fernbleiben, weil sie sich als nicht kompetent genug bzw. nicht ausreichend informiert sehen, um eine sinnvolle Wahlentscheidung treffen zu können (Bühlmann et al. 2003). Es gibt also durchaus eine Nachfrage an politischer Bildung jenseits des Schulunterrichts, die auch von den Medien nur ungenügend abgedeckt wird. Das Konzept des lebenslangen Lernens sollte vermehrt auch in der politischen Bildung Einzug halten und Online-Wahlhilfen – ergänzt mit entsprechend aufbereiteten Inhalten – wären sicher geeignet, dies zu fördern.

4.1.4 Stärkung der Responsivität

Im vorangehenden Abschnitt haben wir die Nutzung von *smartvote* bei den Stadtzürcher Wahlen beschrieben. Knapp 30.000 mal wurde die Wahlhilfe benutzt, wobei große Datenmengen anfielen. So wurden z. B. alle Antworten und Gewichtungen der Wähler zu den 61 Fragen gespeichert. Diese Daten sind zwar anonym, können jedoch mit Angaben aus Online-Umfragen ergänzt werden, die auf freiwilliger Basis unter den *smartvote*-Benutzern durchgeführt wurden. Auf diese Weise kann auf relativ kostengünstige Weise ein Datensatz bereitgestellt werden, der es der Stadtregierung bzw. -verwaltung erlaubt, der Bevölkerung den Puls zu fühlen. Anhand dieser Daten kann die Haltung der Bevölkerung zu zentralen Fragen der lokalen Politik und zur Stadtentwicklung abgeschätzt werden, es lässt sich zeigen, welche Themen der Bevölkerung besonders wichtig sind und schließlich können diese Daten auch noch weiter auf einzelne Stadtbezirke/-kreise oder bestimmte Bevölkerungsgruppen (z. B. nach Alter, Einkommen oder Geschlecht) aufgeschlüsselt werden.

Selbstverständlich handelt es sich bei diesen Daten um keinen repräsentativen Datensatz, allerdings konnten wissenschaftliche Studien zeigen, dass mittels geeigneter Gewichtungsmodelle und weiteren statistischen Verfahren die Datenqualität so weit verbessert werden kann, dass sich aus den Daten verlässliche Schlüsse ziehen lassen (Pianzola 2014). Auf diese Weise könnten Regierungen und Parteien sehr kostengünstig, da keine speziellen Meinungsumfragen erstellt werden müssten, die Wünsche und Präferenzen der Bevölkerung aufnehmen und im Rahmen ihrer politischen Arbeit so weit wie möglich berücksichtigen. Dieser als *Responsiveness* bezeichnete Prozess gehört ebenso wie die bereits angesprochene *Accountability* zu den Stützpfeilern einer gut funktionierenden repräsentativen Demokratie, welche mit den Daten von Online-Wahlhilfen maßgeblich gestärkt werden können.

4.1.5 Verknüpfung mit E-Voting-Systemen

Bislang weder in der Forschung noch in der Praxis kaum thematisiert worden ist die Möglichkeit, Online-Wahlhilfen mit E-Voting-Systemen zu verknüpfen (Ladner und Fivaz 2012). Auf den ersten Blick scheint dies ein gewagter Vorschlag. Präsentiert man diese Idee, kann man sich sicher sein, dass einem Kritik und Ablehnung entgegenschlagen wird. Anlässlich der Wahlen 2005 für den StudentInnen-Rat der Universität Bern wurde genau dies – die Verknüpfung einer Online-Wahlhilfe mit

einem E-Voting-System – getestet. Die Studierenden hatten zwei Möglichkeiten zur Stimmabgabe. So konnten sie direkt die E-Voting-Plattform besuchen und dort sich ihren Wahlzettel gemäß den in der Schweiz üblichen gesetzlichen Bestimmungen zusammenstellen, danach mussten sie sich authentifizieren und konnten ihren Wahlzettel absenden. Die zweite Möglichkeit bestand darin, sich auf der *smartvote*-Website eine Wahlempfehlung erstellen zu lassen und diese mit einem Mausklick in die E-Voting-Plattform zu exportieren. Nun konnten die Studierenden diese wiederum gemäß ihren Wünschen anpassen (z. B. Kandidierende dem Wahlzettel hinzufügen, die bei *smartvote* nicht teilgenommen hatten) und sich danach ihre Stimme abgeben.

Die Ergebnisse dieses Testlaufs waren erstaunlich: Technisch und bezüglich der Benutzerfreundlichkeit verlief die Implementierung dieses kombinierten Systems problemlos. Des Weiteren hat die kombinierte Plattform dazu beigetragen, dass die Wahlbeteiligung gegenüber früheren Wahlen verdreifacht wurde. Schließlich hat noch eine rechtswissenschaftliche Studie den Testlauf untersucht und kam zum Schluss, dass die Verknüpfung zwischen Online-Wahlhilfe und E-Voting im vorliegenden Fall mit dem Verfassungsrecht und dem Wahlrecht grundsätzlich vereinbar war. Allerdings hält die Studie auch fest, dass den involvierten Online-Wahlhilfen strikte Auflagen und klare Qualitätsstandards gesetzt werden müssen, die durch den Staat erlassen und kontrolliert werden (z. B. durch eine Zertifizierung), um Missbräuche zu verhindern (Rütsche 2008).

In vielen Ländern arbeiten staatliche Institutionen an der Entwicklung sicherer und zuverlässiger E-Voting-Systeme oder haben solche bereits eingeführt. Diese Systeme sollen in Zukunft den Akt des Wählens bzw. der Stimmabgabe für die Wähler vereinfachen und attraktiver machen. Eine Verknüpfung des Akts des Auswählens (Online-Wahlhilfe) mit dem Akt des Wählens (E-Voting) macht aus einer prozessorientierten Sichtweise durchaus Sinn. Gerade daher sollte sich die Wissenschaft frühzeitig mit den Risiken und Herausforderungen eines solchen Schrittes befassen. Auf diese wird nun in den folgenden Abschnitten näher eingegangen.

4.2 Risiken

4.2.1 Ungleiche Nutzung und digitale Spaltung

Die (verstärkte) Nutzung von Online-Wahlhilfen birgt natürlich auch Risiken. Als mögliches Risiko wird beim Thema E-Democracy fast immer die Gefahr einer digitalen Spaltung der Gesellschaft in „Onliner“ und „Nonliner“ genannt. Dieser sogenannte *Digital Divide* existiert auch bei Online-Wahlhilfen. Deren Benutzung ist nicht über alle Bevölkerungsgruppen gleichverteilt. Der typische Benutzer ist jung, männlich und gut ausgebildet. Allerdings konnte eine Reihe von Studien zeigen, dass es eine klare Normalisierungstendenz gibt (Ladner und Fivaz 2012). Der Anteil der Frauen, die eine Online-Wahlhilfe benutzen, steigt seit Jahren und auch die älteren Bevölkerungsgruppen benutzen sie immer häufiger. Betreiber von Online-Wahlhilfen sollen sich selbstverständlich alle Mühe geben, ihre Plattformen möglichst benutzerfreundlich, einfach und barrierefrei zu gestalten. Allerdings kann auch davon ausgegangen werden, dass sich das Problem des *Digital Divide* im Laufe der Zeit weitgehend von alleine löst.

4.2.2 Anreiz zum „instant voting“

Online-Wahlhilfen sehen sich auch immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert, dass sie ihre Benutzer zu einem unüberlegten und übereilten Wahlentscheid – einer Art „instant voting“ – verleiten. Es wird befürchtet, dass *smartvote*-Benutzer zu bequem seien, sich ernsthaft und intensiv mit den Sachthemen und den Positionen der Parteien auseinanderzusetzen. Stattdessen würden sie rasch einen Fragebogen ausfüllen und ihre Wahlentscheidung an einen mathematischen Algorithmus delegieren. Statt sich mühsam durch Wahlunterlagen zu quälen, würden sie lieber blindlings einem Computer vertrauen. Basierend auf Benutzerbefragungen lässt sich jedoch zeigen, dass die Kritik nicht zutrifft und die *smartvote*-Benutzer keineswegs blindlings ihrer Wahlempfehlung vertrauen. Die überwiegende Mehrheit wird sogar durch die Benutzung von *smartvote* dazu animiert, sich weitere Informationen zu politischen Themen und Parteien zu suchen oder sich politischen Diskussionen mit Familie und Freunden zu engagieren. Die Kritik bezieht sich aber auf ein grundsätzlich existierendes Risiko und gerade deshalb wäre es wünschenswert, wenn Online-Wahlhilfen in Zukunft besser mit Medienwebseiten oder in den Plattformen der sozialen Medien eingebettet wären.¹⁰

4.2.3 Unzureichender Datenschutz

Ein weiteres Risiko besteht in einem ungenügenden Stand des Datenschutzes. Online-Wahlhilfen sammeln zum Teil sehr sensible Daten (z. B. die E-Mails und privaten Adressen von tausenden von Kandidierenden oder die Antworten von Wählern), die es ohne Wenn und Aber zu schützen gilt. Eine strikte Implementierung der geltenden Datenschutzgesetze gehört daher zu den verpflichtenden Qualitätskriterien, die eine Online-Wahlhilfe einzuhalten hat.

4.2.4 Mangelhafte Einhaltung von Qualitätsstandards

Die nur mangelhafte Einhaltung von minimalen Qualitätsstandards ist ein weiteres Risiko. Insbesondere wenn man die Möglichkeit einer Verknüpfung von Online-Wahlhilfen mit E-Voting-Systemen denkt, scheint es unumgänglich, sich verstärkt mit der Qualität der Online-Wahlhilfen zu befassen. Die Wissenschaft hat erste Anläufe unternommen, Qualitätsstandards aufzustellen (Marschall und Garzia 2014). Zu den wichtigsten gehören: eine umfassende Transparenz bezüglich der Betreiber, der Finanzierung und der angewandten Methoden sowie die absolute Gleichbehandlung aller zur Wahl antretenden Parteien und Kandidierenden. Ursprünglich bestand die Erwartung, dass sich gegenseitig konkurrierende Online-Wahlhilfen einen positiven Einfluss auf die Qualität der Angebote ausüben würden und so zu einer Art Selbstregulierung führen würden. Inzwischen muss man zugeben, dass diese Erwartung wohl zu optimistisch gewesen ist. Daher stellt sich die Frage, ob die Einhaltung grundlegender Qualitätsstandards, wie sie genannt worden sind, nicht von staatlichen Stellen vorgeschrieben und kontrolliert werden sollte (Rütsche 2008).

¹⁰ Vgl. <http://blog.smartvote.ch/?p=1387>

4.2.5 Transparenz als zweischneidiges Schwert

Wie bereits ausgeführt wurde, bewirken Online-Wahlhilfen eine verstärkte Transparenz, was zu einer verbesserten *Accountability* der politischen Mandatsträger führen kann, sofern die Medien ihre Kontrollfunktion angemessen wahrnehmen. Bei der Transparenz handelt es sich allerdings um ein zweischneidiges Schwert. Sie kann beispielsweise die oft notwendige Kompromissuche zwischen den Akteuren erschweren, indem sie die Angst der Politiker vor einer negativen Reaktion der Wählerschaft schürt, wenn ein Wahlversprechen nicht vollständig eingehalten werden kann. Aufgrund verstärkter Transparenz kann sich zudem der Druck auf die Parteien erhöhen, stets Geschlossenheit zu demonstrieren, die Parteidisziplin zu verstärken und dadurch einen gesunden innerparteilichen Pluralismus zu unterbinden. Online-Wahlhilfen bergen somit das Risiko, dass demokratiepolitisch erwünschte Verhaltensweisen und verantwortungsvolles politisches Handeln plötzlich als politische Schwäche ausgelegt werden. Gefordert sind an dieser Stelle vor allem die Medien, welchen die wichtige Aufgabe einer sachgerechten Vermittlung der Politik obliegt. Allerdings besteht wie bei jeder Medienberichterstattung auch bei *smartvote*-Daten das Risiko einer unsachgemäßen Darstellung.¹¹ Die Betreiber von Online-Wahlhilfen können dieses Risiko teilweise eindämmen, indem sie die aktive Zusammenarbeit auf seriöse Medienpartner beschränken und bei Kenntnis einer unsachgemäßen Verwendung von Wahlhilfedaten öffentlich zu intervenieren versuchen. Eine Garantie für eine stets verantwortungsvolle Nutzung aller verfügbaren Daten gibt es in einer offenen Mediengesellschaft allerdings nie.

5 Fazit

Ausgehend vom Befund, dass das „Smart Cities“-Konzept den Bereich *Governance* bzw. Demokratie nur unzulänglich einbezieht, zeigt der vorliegende Beitrag am Beispiel der Schweizer Online-Wahlhilfe *smartvote* auf, welche Rolle Wahlhilfen für die Verbesserung demokratischer Prozesse und somit für eine „smarte“ Demokratie spielen können. Zum besseren Verständnis des Untersuchungsgegenstands wurden zunächst die Funktionsweise von Online-Wahlhilfen erörtert sowie der Forschungsstand bezüglich der Auswirkungen von Online-Wahlhilfen auf die Wahlteilnahme, den Wahlentscheid sowie auf die Informationsbeschaffung durch die Wähler dargestellt. Am konkreten Anwendungsbeispiel der Wahlen in der Stadt Zürich 2014 wurde der Ablauf des Einsatzes von *smartvote* idealtypisch nachgezeichnet.

Der Beitrag macht aber auch klar, dass das Potenzial von Online-Wahlhilfen im Allgemeinen und von *smartvote* im Besonderen zur Verbesserung der Demokratiequalität sowie für die Modernisierung von demokratischen Prozessen noch längst nicht ausgereizt ist. Ungenutzte Möglichkeiten bestehen insbesondere in folgenden Bereichen: weitere Stärkung der *Accountability* von Mandatsträgern, Verknüpfung von Online-Wahlhilfen mit Debatten in den sozialen Medien, vermehrter Einbezug

¹¹ Die *smartvote*-Wahlhilfe hat diesbezüglich bereits einige Erfahrungen machen müssen, vgl. z. B. <http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/trau-schau-wem-1.18047132> sowie <http://www.blog.smartvote.ch/?p=1262>.

der Bürger bei der Zusammenstellung des Fragebogens, Einbezug von Online-Wahlhilfen in das Konzept des lebenslangen Lernens im Bereich der politischen Bildung, Nutzung der (anonymen) Daten der *smartvote*-Benutzer anstelle von teuren Bevölkerungsumfragen sowie intelligente Verknüpfung von Online-Wahlhilfen mit realen E-Voting-Systemen.

Der Beitrag hat zudem gezeigt, dass Online-Wahlhilfe nicht nur auf Bundes- oder regionaler Ebene demokratisch gewinnbringend eingesetzt werden können. Aufgrund ihrer geografischen Begrenzungen eignen sich die Städte ganz besonders, um in einem überschaubaren Rahmen die Realisierung der oben beschriebenen ungenutzten Potenziale zu initiieren. Dies könnte bei Vorschlägen, welche als politisch heikel eingestuft werden oder bei welchen das Ergebnis ungewiss ist, auch im Rahmen von Pilotprojekten geschehen.

Die oben angesprochenen Möglichkeiten, die sich aus der Nutzung von Online-Wahlhilfen und den durch sie generierten Daten ergeben, weisen natürlich neben Chancen auch Risiken wie beispielsweise beim Datenschutz oder durch die fehlende Einhaltung minimaler Qualitätsstandards oder gar den bewussten Missbrauch auf. Gerade darum ist es wichtig, dass sich die Wissenschaft frühzeitig und interdisziplinär mit solchen praxisorientierten Projekten befasst und deren Realisierung eng begleitet. Die bislang deutlich unterentwickelte *Governance*-Dimension des Smart City-Konzepts könnte somit deutlich an Format und Inhalt gewinnen.

Literatur

- Buchstein H (2004) Online democracy. Is it viable? Is it desirable? Internet voting and normative democratic theory. In: Kersting N, Baldersheim H (Hrsg) *Electronic voting and democracy. A comparative analysis*. Palgrave, New York, S 39–60
- Bühlmann M, Freitag M, Vatter A (2003) Die schweigende Mehrheit. Eine Typologie der Schweizer Nichtwählerschaft. In: Sciarini P, Hardmeier S, Vatter A (Hrsg) *Schweizer Wahlen 1999*. Paul Haupt, Bern, S 27–58
- Cedroni L (2010) Voting advice applications in Europe: a comparison. In: Cedroni L, Garzia D (Hrsg) *Voting advice applications in Europe. The State of the Art, Scripta Web*, Neapel, S 247–257
- Dalton R (2007) *Democratic challenges. Democratic choices. The erosion of political support in advanced industrial democracies*. Oxford University Press, Oxford
- Fivaz J, Nadig G (2010) Impact of Voting Advice Applications (VAAs) on voter turnout and their potential use for civic education. *Policy Internet* 2(4):167–200
- Fivaz J, Schwarz D (2007) Nailing the pudding to the wall – e-democracy as catalyst for transparency and accountability. *International conference on direct democracy in Latin America*, 14–15. März 2007, Buenos Aires
- Fivaz J, Louwse T, Schwarz D (2014) Keeping promises: voting advice applications and political representation. In: Garcia D, Marschall S (Hrsg) *Matching voters with parties and candidates: voting advice applications in a comparative perspective*. ECPR Press, Colchester, S 197–216
- Germann M, Gemenis K (2014) Online gimmick or participation promoting tool? Smartvote and its effect on electoral turnout. *Annual convention of the Swiss Political Science Association*, 30–31. Januar 2014, Bern
- IESE Center for Globalization and Strategy (2014) *IESE cities in motion index 2014*. IESE Business School, University of Navarra, Navarra
- Ladner A, Fivaz J (2012) Voting advice applications. In: Kersting N (Hrsg) *Electronic democracy*. Barbara Budrichs Publisher, Opladen, S 177–198

- Ladner A, Pianzola J (2010) Do voting advice applications have an effect on electoral participation and voter turnout? Evidence from the 2007 Swiss federal elections. In: Tambouris E, MacIntosh A, Glassey O (Hrsg) *Electronic participation*. Springer, Berlin, S 211–224
- Marschall S, Garzia D (2014) Voting advice applications in a comparative perspective. In: Garcia D, Marschall S (Hrsg) *Matching voters with parties and candidates: voting advice applications in a comparative perspective*. ECPR Press, Colchester, S 1–10
- Pianzola J (2014) Selection biases in voting advice application research. *Elect Stud* 36:272–280
- Russuvirta O (2010) Much ado about nothing? Online voting advice applications in Finland. In: Cedroni L, Garzia D (Hrsg) *Voting advice applications in Europe. The State of the Art, Scripta Web*, Neapel, S 47–63
- Rütsche B (2008) *Elektronische Wahlhilfen in der Demokratie. Beurteilung im Lichte der Wahl- und Abstimmungsfreiheit, Spannungsverhältnis zu den politischen Parteien, Fragen staatlicher Regulierung*, Helbing Lichtenhahn, Basel
- Schwarz D, Schädel L, Ladner A (2010) Pre-election positions and voting behaviour in parliament: consistency among Swiss MPs. *Swiss Polit Sci Rev* 16(4):533–64
- Strøm K, Müller W, Bergman T (2003) Challenges to parliamentary democracy. In: Strøm K, Müller W, Bergman T (Hrsg) *Delegation and accountability in parliamentary democracies*. Oxford University Press, Oxford, S 707–750
- Van Camp K, Lefevere J, Walgrave S (2014) The content and formulation of statements in voting advice applications: a comparative analysis of 26 VAAs. In: Garcia D, Marschall S (Hrsg) *Matching voters with parties and candidates: voting advice applications in a comparative perspective*. ECPR Press, Colchester, S 11–32